

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 4

Artikel: Solidaritätsveranstaltung Chile in Basel (25. März 1977)
Autor: Hellstern, Lydia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nachruf

Die Nachricht vom plötzlichen, unerwarteten Ableben von Hans Herzka hat uns, Mitglieder der Religiös-sozialen Vereinigung und Freunde der «Neuen Wege» tief ergriffen.

Seit vielen Jahren war Hans Herzka mit dem Gedankengut von Leonhard Ragaz und den Richtlinien der Religiös-sozialen Bewegung bekannt. Seine Verbundenheit mit Israel und dessen Kampf um Existenzberechtigung und Frieden kam anlässlich einer Adventsfeier mit seiner Vorlesung von Selma Lagerlöfs «Jerusalem», besonders zum Ausdruck. Hans Herzkas konziliante, gewinnende Herzlichkeit im persönlichen Gespräch gab oft den Anlaß eigene Auffassungen, in politischer oder menschlicher Hinsicht, zu mildern oder zu straffen. Seine Haltung als Mensch bestärkt uns im Glauben an eine kommende bessere Welt. Wir alle wissen, daß seine Treue zu den «Neuen Wegen» auch uns weiterhin verpflichtet. — «Man geht an dieser Welt zugrunde, oder man verändert sie.» (Dürrenmatt.) F. H.

Solidaritätsveranstaltung Chile in Basel

25. März 1977

Frau Lydia Hellstern, ehemalige Sekretärin des HEKS, stellt uns ihre Ausführungen über die Lage in Chile vor und nach dem Putsch zur Verfügung, die sie an einer Veranstaltung der Solidarität mit chilenischen Frauen vortrug. Etwa dreißig Basler Organisationen verschiedenster politischer Ueberzeugung erklärten im Basler Theater ihr vorbehaltloses Engagement für alle Benachteiligten und Entrechteten dieser Welt unter dem Motto: «Wir reden heute von Chile, wir meinen aber die ganze Welt.» B. W.

Heute vor genau dreieinhalb Jahren, zwei Wochen nach dem Militärputsch, wurde in Chile der Dichter und Nobelpreisträger Pablo Neruda zu Grabe getragen. Er hat vor seinem Tod das Leiden seines Volkes in den knappen Satz zusammengefaßt: «Chile ist ein stilles Vietnam.»

Am Tag seiner Bestattung sprach eine Agenturmeldung von 2 796 Toten, die in den vierzehn Tagen seit dem Rechtsputsch allein ins Leichenschauhaus von Santiago eingeliefert worden waren. Acht Wochen später waren es nach zuverlässigen Quellen weit über 20 000 Menschen — Männer, Frauen und Kinder —, die im ganzen Land brutal umgebracht worden waren.

Damals schrieb die «Neue Zürcher Zeitung»: «Was am Vorgehen der Junta unter General Pinochet besonders auffällt, ist der perfektionierte Terror, den sie entfaltet.»

Bis heute hat dieser Terror nichts von seinem Schrecken verloren. Mehr als 3 500 Menschen sitzen ohne Anklage und ohne Prozeß im

Gefängnis oder in Konzentrationslagern, über 2 000 sind spurlos verschwunden. Für General Pinochet ist, wie er kürzlich zynisch bemerkte, ein gewisser Prozentsatz verschwundener Personen in jedem Land normal. Im übrigen werde die Regierung, notfalls mit äußerster Gewalt, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht erhalten. Eben wurden die letzten noch geduldeten Parteien, darunter die Christdemokraten, verboten.

Die meisten von Ihnen werden verfolgt haben, was sich vor vierzehn Tagen in der UNO-Menschenrechtskommission in Genf abgespielt hat. Der Delegierte der USA bedauerte zutiefst die Rolle, die einige Regierungsmitarbeiter, Behörden und private Gruppen in den USA beim Sturz der früheren, demokratisch gewählten chilenischen Regierung gespielt hatten, und er kritisierte das heutige Regime Chiles wegen seiner «Institutionalisierung der Folter». Als dann aus Washington die Erklärung kam, das sei keine offizielle Stellungnahme der Regierung, sondern nur die persönliche Meinung des Delegierten, bemerkte dieser, er hätte wirklich nicht geglaubt, daß er eine so große Neuigkeit von sich gegeben habe . . .

Chile ist in der Tat ein stilles Vietnam geworden. Wie konnte es soweit kommen? In der knappen Zeit, die mir zur Verfügung steht, kann ich natürlich keinen umfassenden Rückblick über die Ereignisse geben. Ich möchte aber anhand einiger Fakten versuchen zu zeigen, was in Chile passiert ist und warum.

Chile, bereits seit hundertsechzig Jahren formell politisch unabhängig, galt bis zum Sturz der Regierung Allendes in Lateinamerika als Land mit der am weitesten entwickelten Demokratie. Diese Demokratie ging aber nicht so weit, daß sie zu sozialer Gerechtigkeit führte. Bei den untern Schichten herrschten Armut, Unterernährung, hohe Kindersterblichkeit, mangelnde Bildungsmöglichkeiten, Analphabetismus, Arbeitslosigkeit, Landflucht und Zunahme der Elendsviertel in den Städten. Auf der andern Seite war die kleine Schicht von Reichen mit großen Privilegien. Der deutsche lutherische Bischof Frenz, der jahrelang in Chile tätig war und 1975 von der Junta ausgewiesen wurde, formulierte diese Wirklichkeit prägnant, als er kürzlich in Zürich sagte: «Der Arme wird arm geboren, mit der einzigen Aussicht, noch ärmer zu sterben. Und der Reiche wird reich geboren, mit der Aussicht, noch reicher zu sterben.»

Diese Verhältnisse finden sich einmal in der Landwirtschaft, wo eine relativ kleine Zahl von Großgrundbesitzern den größten und besten Teil des Bodens haben und eine große Zahl von Bauern und Landarbeitern überhaupt keinen eigenen Boden besitzen. Dazu sei nochmals Bischof Frenz zitiert: «Die meisten meiner Gemeindeglieder hatten eine Musterfarm mit gekachelten Kuhställen. Aber keiner ihrer Landarbeiter hatte eine gekachelte Küche oder ein Badezimmer.»

Noch krasser spiegelten sich diese ungerechten Strukturen in der Industrie, vor allem in der Ausbeutung der Bodenschätze, an denen Chile überaus reich ist. Die größte Bedeutung hat das Kupfer, etwa ein Drittel der Weltvorräte liegen in Chile. Vom gesamten Export des Landes entfallen drei Viertel auf Kupfer. Produktion und Handel dieses Rohstoffes waren jedoch seit Anfang dieses Jahrhunderts zu 87 Prozent in den Händen von Konzernen der USA, die das Kupfererz für die Weiterverarbeitung nach den Vereinigten Staaten brachten, so daß Chile dringend nötige Arbeitsplätze entgingen. Die Situation war so grotesk, daß Chile bis 1969 Kupferleitungskabel für Hochspannung importieren mußte!

In Chile befanden sich Tochterunternehmen aller großen Multis der verschiedensten Branchen (Bergbau, Chemie, Pharmazeutik, Telefon- und Telegraph-, Auto-, Textil-, Erdöl-, Erdgas-, Elektroindustrie usw.) nicht nur aus den USA, auch aus Großbritannien, Japan, Holland, Italien, der BRD und der Schweiz. Warum Chile für ausländische Investitionen so interessant war, sagte im April 1970 ein westdeutscher Industrieller und Bundestagsabgeordneter deutlich: «Das Lohnniveau ist international niedrig, die Menschen sind sehr gelehrig und arbeitsam. Das macht Industrieansiedlungen für Ausländer recht attraktiv. In keinem Land Südamerikas findet man so günstige Arbeitsbedingungen wie in Chile. Kapitalimport wird dadurch begünstigt, daß man das importierte Kapital unter bestimmten Voraussetzungen und Fristen re-exportieren kann. Auch die Dividenden können in fremder Währung zurücküberwiesen werden.» Es gab Profite ausländischer Monopole, die sich bis auf 135 Prozent der getätigten Investitionen beliefen. Allende sagte später über diese Zusammenhänge: «Für jeden Dollar, den wir erhielten, haben wir vier Dollar zurückzahlen müssen.»

Diese Verhältnisse führten schließlich dazu, daß eine kleine Gruppe von Chilenen zusammen mit ausländischen Unternehmen Landwirtschaft, Industrie, das Bankenwesen und den Handel kontrollierten und gleichzeitig den entscheidenden Einfluß in den Massenmedien und im Erziehungssystem ausübten. Chile war also zwar formell unabhängig, jedoch wirtschaftlich vom Ausland völlig abhängig.

Schon die Christdemokraten versuchten, diese Verhältnisse zu ändern. Als 1964 ihr Kandidat Edoardo Frei als Präsident gewählt wurde, leitete er einige wichtige Reformen ein, einmal die sog. Chilenisierung des Kupfers durch staatliche Kapitalbeteiligung an der Kupferproduktion, dann die Agrarreform, durch die der private Landbesitz auf 80 Hektaren beschränkt werden sollte. Beide Maßnahmen blieben jedoch ungenügend, sie wurden nicht konsequent durchgeführt.

Am 4. September 1970 erhielt in der Präsidentschaftswahl — einer Volkswahl — der Kandidat der «Unidad Popular», der Sozialist und

Arzt Dr. Salvador Allende, vor dem Kandidaten der Nationalpartei und demjenigen der Christdemokraten, die meisten Stimmen und war somit für sechs Jahre legal vom Volk auf demokratischem Weg gewählter neuer Präsident. Zur «Unidad Popular» hatten sich die Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Radikalen, die Vereinigte Volksaktion (eine Abspaltung der Christdemokraten) und die Unabhängige Volksunion zusammengeschlossen, später gesellte sich die Christliche Linke dazu. Das Programm der «Unidad Popular» lautete, kurz gefaßt: Schrittweise Umgestaltung der bestehenden Ordnung in eine für das chilenische Volk gerechtere Gesellschaft, und zwar bewußt in Übereinstimmung mit der Verfassung, auf demokratischem Weg und mit friedlichen Mitteln.

Präsident Allende trat im September 1970 folgende Situation an: Ueber 300 000 Arbeitslose, das heißt über 8 Prozent, 1,5 Millionen unterernährte Kinder, 600 000 Kinder, die wegen proteinarmer Ernährung in den ersten Lebensmonaten geistig zurückgeblieben waren, eine Kindersterblichkeit von fast 10 Prozent, 15 Prozent Analphabeten, allein um Santiago eine halbe Million Menschen in Elendsvierteln.

Die Unidad Popular war fest entschlossen, diese Zustände zu ändern. Dazu mußte sie natürlich die Privilegien jener antasten, die bis jetzt aus diesen krassen Ungerechtigkeiten Profit gezogen hatten. Und so setzte jetzt ein zweifacher Kampf ein, einerseits der mit friedlichen und demokratischen Mitteln geführte Kampf der Unidad Popular zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die Armen und Besitzlosen, andererseits der rücksichtslose, mit allen Methoden geführte Kampf der Privilegierten um ihren Besitz und ihre Macht. Das begann schon gleich nach der Wahl Allendes durch das Volk. Da er zwar die meisten Stimmen, jedoch nicht 50 Prozent erzielt hatte, mußte das Parlament seine Wahl bestätigen. Um diese Bestätigung zu verhindern, versuchten extreme Rechtskräfte einen Militärputsch zu inszenieren. General Schneider, der sich weigerte, den Aufstand zu führen, wurde von ihnen ermordet.

Am 22. Oktober 1970 proklamierte das Parlament, mit den Stimmen der Christdemokraten, Allende zum Präsidenten. Er gab dabei die Erklärung ab, das Mehrparteiensystem, die Unabhängigkeit des Bildungssystems, der Presse und der Gewerkschaften nicht anzutasten. Während seiner ganzen Regierungszeit hielt er sich strikte daran.

Die Unidad Popular kam also im Herbst 1970 an die Regierung, besaß jedoch im Parlament nicht die Mehrheit, was sich für das Handeln der Regierung zusehends als immer schwieriger erwies.

Die Regierung von Allende begann sofort mit sozialen Maßnahmen: Jedes Kind unter 15 Jahren bekam täglich kostenlos einen halben Liter Milch (innerhalb eines Jahres sank so die Sterblichkeit um 20 Prozent);

die Grundschule wurde gratis (so versechsfachte sich die Zahl der Kinder, die eingeschult werden konnten). Es entstanden 260 000 neue Arbeitsplätze. Die Mindestlöhne und Mindestrenten wurden erhöht, die Preise für die wichtigsten Güter eingefroren, ein Mietstopp verkündet und ein Wohnbauprogramm für die Menschen in den Elendsvierteln in Angriff genommen. Der staatliche Gesundheitsdienst wurde ausgebaut, zahlreiche neue Polikliniken eingerichtet, für deren Organisation die Bevölkerung direkt verantwortlich war. Gesundheitsbrigaden sorgten in den Elendsvierteln für bessere Hygiene und eine regelmäßige ärztliche Kontrolle der Kinder und Mütter.

Die Agrarreform wurde weitergeführt und das übernommene Land auf genossenschaftlicher Basis an 50 000 landlose Bauern verteilt.

Im Juli 1971 beschloß das Parlament einstimmig die Verstaatlichung aller amerikanischen Kupferminen im Land. Als Ausgleich für die jahrzehntelange Ungerechtigkeit wurden von der Entschädigungssumme jene Gewinne der amerikanischen Konzerne abgezogen, die seit 1955 12 Prozent überschritten hatten. Anschließend wurden alle bedeutenden in- und ausländischen Großunternehmen nationalisiert, so u. a. der USA-Telephon- und Telegraphenkonzern ITT, die Kohlenbergwerke, der Salpeterbergbau, Textil- und Zementfabriken und das amerikanische Sprengstoffunternehmen Du Pont. Bis Ende 1971 waren nach dem Kauf der Aktien die meisten Privatbanken in Staatsbesitz.

Alle diese Maßnahmen für eine gerechtere Einkommensverteilung bewirkten unter dem Volk einen Enthusiasmus und einen Einsatz, der sich im ersten Jahr der Unidad Popular-Regierung in einer Kaufkraftsteigerung und einem deutlichen Wirtschaftsaufschwung manifestierte. Der Zuwachs der Industrieproduktion war der höchste seit 1930. Die UNO stellte fest, daß Chile 1971 hinsichtlich des Wirtschaftswachstums an die zweite Stelle der 23 lateinamerikanischen Staaten gerückt war. Während Allendes Regierungszeit sank die Arbeitslosigkeit von über 8 auf 3 Prozent. Eine westdeutsche Zeitung berichtete: «Den meisten Besitzlosen in Chile geht es heute besser als vor drei Jahren».

Auf der andern Seite, wo Privilegien angetastet worden waren, setzte auf verschiedenen Fronten die Reaktion ein. Es begann ein richtiggehender Wirtschaftskrieg. Amerikanische Banken und internationale Finanzinstitute sperrten die Kredite, die unter früheren Regierungen reichlich geflossen waren. Bereits zugesagte Kredite wurden zurückgezogen und Schulden früherer Regierungen zur Rückzahlung gefordert. Die Reichen Chiles schafften ihr Geld ins Ausland, von 1971 bis 1973 waren das schätzungsweise 680 Millionen Mark.

Im Ausland bestellte und zum Teil bereits bezahlte Ersatzteile für Maschinen wurden nicht geliefert. USA-Firmen boykottierten chilenisches Kupfer, warfen ihre eigenen Reserven auf den Weltmarkt und

bewirkten einen Sturz des Kupferpreises. Das brachte Chile allein in einem Jahr Verluste von fast 200 Millionen Dollar. Gleichzeitig erhöhten sich die Preise für importierte Güter.

Im Sommer 1972 gelangten Dokumente an die Öffentlichkeit, die bewiesen, daß der ITT-Konzern mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA einen minutiösen 18-Punkte-Plan zur Vorbereitung eines Staatsstreiches ausgearbeitet hatte, um zunächst den Amtsantritt Allendes zu verhindern, und als das nicht gelang, ihn möglichst rasch zu stürzen. Wörtlich hieß es in diesen Dokumenten u. a.: «Es muß insgeheim, aber wirksam alles getan werden, um dafür zu sorgen, daß Allende die entscheidenden nächsten sechs Monate nicht übersteht.» Laut einem spätern Bericht in der «New York Times» hat die CIA, wie einer ihrer Chefs aussagte, mehr als 8 Millionen Dollar für illegale Aktionen gegen die Regierung Allendes aufgewendet. Stufenweise sollte in Chile das wirtschaftliche Chaos, Einschüchterung und Panik der Bevölkerung erreicht werden, um damit den geplanten Eingriff des Militärs zu rechtfertigen. Der Ablauf der Ereignisse bis zum 11. September 1973 hat sich dann dementsprechend vollzogen.

In allen Bereichen wurde also versucht, die Regierung handlungsunfähig zu machen. Die Opposition, die im Parlament die Mehrheit besaß, verweigerte die notwendige Steuerreform und damit unerläßliche Staatseinnahmen und lehnte eine strengere Verfolgung der Wirtschaftskriminalität ab. Die Justiz schonte die Urheber von Terroranschlägen, die vor allem von faschistischen Gruppen ausgingen.

Künstlich wurde die Verknappung von Waren herbeigeführt: Ladenbesitzer horteten Waren und setzten sie zu übermäßigen Preisen auf dem Schwarzen Markt ab, nachdem durch entsprechende Gerüchte Panik- und Hamsterkäufe verursacht worden waren. Streiks wurden angezettelt, um die Industrieproduktion zu lähmen und die Versorgung zu gefährden.

Großgrundbesitzer, die nach Gesetz nebst 80 Hektaren Land Maschinenpark, Vieh und Saatgut behalten durften, ließen die Felder veröden, schlachteten das Vieh ab oder schoben es über die Grenze ab.

Trotz zunehmender Erschwerung der wirtschaftlichen Lage durch all diese Sabotage- und Boykottmaßnahmen gab es immer wieder machtvolle Demonstrationen der Arbeiter für die Regierung. In den Kommunalwahlen 1971 und erst recht in den Parlamentswahlen vom März 1973 erzielte die Unidad Popular einen Stimmenzuwachs, der in der Opposition noch größere Nervosität hervorrief und den Führer einer faschistischen Terrorgruppe zum Ausspruch bewog: «Allende muß heute gestürzt werden und nicht morgen. Wenn die Wahlen 1976 stattfinden, wird die Unidad Popular sonst 80 Prozent der Stimmen sammeln.»

Im Juli und August 1973 wurde ein neuer großer Streik organisiert und finanziert. 47 Tage streikten die privaten Transportunternehmer mit 50 000 Transportarbeitern, die sie dennoch voll bezahlen konnten. Die Regierung und ihre Anhänger organisierten eigene Transporte und Verteilungen, damit die Lebensmittelversorgung nicht völlig zusammenbrach.

Es ist klar, daß solch massive Aktionen und die entsprechende Stimmungsmache in den — wohlverstandenen unzensurierten — Massenmedien unter der Bevölkerung eine explosive Atmosphäre hervorriefen. Allende, der einerseits den ständig provozierten Bürgerkrieg um jeden Preis vermeiden, andererseits aber am Prinzip der Verfassungstreue und Gewaltlosigkeit festhalten wollte, erklärte sich zu einer Verständigung mit den Christdemokraten bereit, ebenso zur Durchführung einer Volksbefragung über die Zustimmung zur Politik der Unidad Popular. Das war den Gegnern offensichtlich zu riskant, nachdem ja die Unidad Popular eben erst bei den Wahlen Parlamentssitze gewonnen hatte.

In der Nacht vom 10. auf den 11. September 1973 wurden die als regierungstreu bekannten Offiziere verhaftet und Soldaten erschossen, damit dann am 11. September der Militärputsch möglichst ungehindert erfolgen konnte. Der Amtssitz des Präsidenten wurde bombardiert und Allende dort ermordet. Eine brutale Verfolgung der Anhänger der Unidad Popular setzte ein und dauert bis heute an. ...zigtausende sind umgebracht, verschleppt, gefoltert, in Konzentrationslager deportiert worden.

Die Militärjunta setzte sofort die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament, den Verfassungsgerichtshof und den Gewerkschaftsbund auf, verbot die Linksparteien, führte die Pressezensur ein, erklärte frühere Kommunalwahlen für ungültig, machte die Agrarreform teilweise rückgängig, gab verstaatlichte Betriebe in Privatbesitz zurück, hob die Milchverteilung an die Kinder auf, räumte lokale Polikliniken und beschloß die Auflösung des Gesundheitsamtes.

Grundnahrungsmittel haben sich enorm verteuert, ebenso die Mieten, die Arbeitslosigkeit hat massiv zugenommen und beträgt jetzt 14 Prozent. Von den Werktätigen können 6 Prozent mit ihrem Verdienst gerade knapp den Milchbedarf für eine sechsköpfige Familie decken — das Volk verelendet wieder.

Die internationalen wirtschaftlichen Reaktionen auf den Putsch und das neue Regime sind bezeichnend: Sogleich stieg der Kupferpreis und acht Tage nach dem Putsch begannen die Millionenkredite aus dem Ausland wieder reichlich zu fließen . . .

Was Präsident Allende gewollt hat, die schrittweise Umgestaltung einer ungerechten in eine gerechtere Gesellschaftsordnung auf friedlichem und demokratischem Weg d u r f t e nicht gelingen — vor allem

durfte man ihm nicht die dafür nötige Zeit lassen —, weil es gefährlich war für all jene in der Welt, die von der Ungerechtigkeit profitiert hatten und weiter profitieren wollten. Sie haben ihn gehaßt, weil er für Millionen von Entrechteten und Unterprivilegierten in der Dritten Welt zum mutigen Anwalt geworden war.

Aber auch mit dem Mord an Präsident Allende ist das letzte Wort in der Frage der sozialen Gerechtigkeit nicht gesprochen und kann die Geschichte nicht aufgehalten werden.

Lydia Hellstern

«Recht auf Leben» - oder - Atomwaffen?

Im August 1976 fand in Tokyo, Japan, die 22. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben statt. Ein Vortrag über obenstehendes Thema war der Beitrag von Prof. Shingo Shibata, von der Universität Hiroshima, den unsere Leser als Mitarbeiter an den «Neuen Wegen» kennen. Prof. Shibata nimmt in seinen Ausführungen, die wir hier gekürzt wiedergeben, Bezug auf die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, deren 200. Gedenktag in USA am 4. Juli 1976 groß gefeiert wurde.

Unter den Prinzipien, die in jener Erklärung enthalten sind, steht bekanntlich «das Recht auf Leben» an erster Stelle. Damit verbunden ist der Schutz dieses Rechts durch die vom Volk gewählte Regierung. Das Volk ist der Souverän und soll sich gegen eine Regierung, welche die Rechte des Volkes mißachtet, erheben und sie durch eine andere ersetzen. Diese Verpflichtung zur Revolution ist ein wesentlicher Teil der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung; sie list ein Prüfstein der Demokratie und der Achtung vor den grundlegenden Menschenrechten.

1776 beschuldigten dreizehn amerikanische Staaten den englischen König Georg III. des Volksmordes (Genozid) und 200 Jahre später beging der USA-Imperialismus, der mächtigste der Welt, das selbe Verbrechen gegenüber Vietnam. Die Proklamation, in deren Namen sich das vietnamesische Volk gegen seine einstigen Kolonialherren, und nach 1955 auch gegen die USA-Invasoren erhob, fußte auf der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die HoChiMinh ein «unvergängliches Dokument» nannte. Am 2. Juli 1976, zwei Tage vor den Jubiläumsfeiern in USA, feierte Vietnam seinen Sieg über den imperialistischen Angreifer.

Das vietnamesische Volk will seine Erhebung als Kampf für das Recht auf Leben, auf Freiheit und Glück nicht nur seines Landes, sondern aller Völker, für Demokratie und Gleichwertigkeit aller Rassen verstanden wissen. Vietnam ist eine Herausforderung an die Großmächte, besonders weil sein Sieg die kleinen Nationen ermutigt, ihrer militärischen Schwäche zum Trotz, sich gegen den Großmacht-Zentra-